

Leitartikel

Warum der Streit nie aufhört

Die Stadt Zürich zieht die Bührle-Stiftung vor Gericht. Letztere sollte davon abkommen, jede Kritik als Zumutung aufzufassen.

Allmählich, aber unerbittlich haben sich die Stadt Zürich und die Bührle-Stiftung voneinander entfremdet. Die anfängliche Euphorie ist Argwohn gewichen. Nun geht die Stadt Zürich juristisch gegen die Stiftung vor, was diese als «unbegründet und wenig konstruktiv» bedauert.

Der weitverzweigte Konflikt ist für Uneingeweihte schwer zu verstehen. Alles begann mit einer perfekten Partnerschaft. Die Stadt Zürich und das Kunsthaus konnten die Sammlung Bührle im Kunsthaus-Neubau unterbringen. Die teils weltbekannten Bilder sollten dem Museum und ganz Zürich neue Anziehungskraft verleihen.

Die Stiftung wiederum erhielt im Neubau einen repräsentativen Ort, um ihre Bilder vor viel Publikum auszustellen. Auch um die Sicherheit brauchte sie sich nicht mehr zu kümmern. Doch die Zürcher Linke war nicht glücklich mit dieser Partnerschaft. Schon lange vermutet sie in der Bührle-Sammlung Kunstwerke mit fragwürdiger Herkunft. Der Zürcher Industrielle und Waffenfabrikant Emil Georg Bührle (1890–1956) soll diese jüdischen Sammlern abgekauft haben, die sich wegen der Verfolgung durch die Nationalsozialisten in einer Zwangslage befanden.

Die Stiftung hat diese Vorwürfe immer bestritten. Sie hält ihre Bilder für unproblematisch. Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) stellte sich lange hinter sie und nannte die Sammlung «eine der besterforschten weltweit». Doch die Linke – auch Mauchs Partei – machte Druck. Die Stadtpräsidentin schwenkte um. Vor rund vier Jahren unterstützte sie plötzlich die Forderung, die Kaufumstände genauer abzuklären.



Besucherin in der Bührle-Sammlung im Kunsthaus. Zurzeit ist die Sammlung nicht zugänglich, im März 2026 wird sie neu präsentiert. Foto: Keystone

Kritiker finden, die Stiftung könne froh sein, dass die Öffentlichkeit für ihre Versäumnisse aufkomme.

Diese Wende ärgert den Bührle-Stiftungsrat, dem auch Nachkommen des Waffenfabrikanten angehören.

Im Oktober hat die Stiftung ihren Zweck angepasst. Was wiederum die Stadt Zürich brüskierte. Denn die Stiftung hatte die Stadt nicht vorinformiert. Sie könnte nun ihre Sammlung nach Ablauf der Kunsthaus-Leihgabe im Jahr 2034 in eine andere Stadt verlegen. Bisher war das nicht möglich. Offiziell dementiert die Stiftung jegliche Absichten, Zürich zu verlassen. Sie sichere sich lediglich gegen einen möglichen Rauswurf aus dem Kunsthaus ab. Ein solcher lasse sich bei der aufgeladenen Debatte nicht ausschliessen.

Die Stadt wiederum scheint einen Wegzug der Stiftung zu befürchten. Sonst würde sie die Änderung des Stiftungszwecks nicht juristisch bekämpfen. Ein Verlust der Bührle-Sammlung könnte die finanziellen Probleme verstärken, die der Chipperfield-Neubau dem Kunsthaus bereitet. Das Museum würde einen wichtigen Besuchsgrund einbüßen.

Der Streit um die Bührle-Sammlung ist mit vielen Kränkungen verbunden. In der Wahrnehmung der Stiftung stellt sie der Öffentlichkeit einen einzigartigen Kunstschatz zur Verfügung. Doch statt Dankbarkeit gibts Tadel. Im Gesuch an die Stiftungsaufsicht beklagt sie «massivste

Vorwürfe von angeblich ethisch-moralischem Fehlverhalten, kritiklosem Umgang mit sogenannten historisch kontaminierten Kunstwerken bis hin zum Vorwurf von Antisemitismus». Dies schade dem Ruf der Stiftung enorm.

Selber schuld, finden die Kritikerinnen. Die Stiftung bewege sich allein unter dem Druck, den Historiker, Politikerinnen und jüdische Organisationen aufgebaut haben. Eine externe Expertenkommission bemängelt die bisherigen Herkunftsabklärungen als ungenügend. Die zusätzliche Forschung und Kontextualisierung sollen nun das Kunsthaus mit zwei Millionen Franken und die Stadt Zürich mit drei Millionen

finanzieren. Die Kritiker finden: Die Stiftung könne froh sein, dass die Öffentlichkeit für ihre Versäumnisse aufkomme.

Psychologisch lässt sich die Abwehrhaltung der Bührle-Stiftung nachvollziehen. Erst bemühte sich die Stadt Zürich um die Bilder. Dann ging sie auf Distanz. Auch Kritiker haben die Stiftung teils unzulässig angefahren. Doch sie erweckt den Eindruck, Kritik von aussen generell als Zumutung wahrzunehmen. Mit der Präsentation ihrer Bilder in einem stark subventionierten Museum gehört solche allerdings dazu. Zudem hat die Stiftung mit Auseinandersetzungen rechnen müssen. Das Vermächtnis des Oerliker Waffenfabrikanten wird von links seit Jahrzehnten hinterfragt.

Auch die Ansprüche, die das Kunsthaus an die Herkunftsprüfung stellt, sind keine Schikane. Sie gelten für alle Bilder im Museum. Und falls die Eigeneinschätzung der Sammlung als unproblematisch zutrifft, hat die Stiftung nichts zu befürchten durch weitere Abklärungen.

Mit dem geplanten Vorgehen schien ein Kompromiss gefunden. Doch die Änderung des Stiftungszwecks hat das Misstrauen zwischen Stiftung und Stadt neu angefacht. Nun stehen sich die Entfremdeten vor Gericht gegenüber. Ihnen bleiben noch ein paar Jahre, um sich wieder zu finden. Für Zürich wäre dies zu wünschen. Zu eng verknüpft ist die Geschichte der Sammlung mit der Stadt.



Beat Metzler

Widmers Woche



Was kostet die Ukraine?

Für Donald Trump ist Russland ein möglicher Geschäftspartner. Darum will er einen günstigen Frieden für den Kreml durchsetzen.

Reymer Klüver

Es ist ein vielsagendes Detail zum Verständnis des neuen amerikanischen Friedensplans für die Ukraine. Keith Kellogg, Donald Trumps Sonderbeauftragter für den Ukrainekrieg, hat seinen Rückzug angekündigt. Und zwar genau zu dem Zeitpunkt, als die neuen Überlegungen bekannt wurden. Damit zieht der ehemalige General die Konsequenzen: Mit dem Plan, der in Wahrheit ein Friedensdiktat wäre, hat er nichts zu tun.

Die Denkweise dieser US-Regierung unterscheidet sich radikal von allen Vorgängerregierungen. In Trumps zweiter Amtszeit setzen sich Businessleute durch – so wie Steve Witkoff, der den neuen

Ukraine-Plan massgeblich vorangetrieben hat. In deren Weltsicht werden internationale Beziehungen lediglich als Abfolge von Transaktionen betrachtet. In der Konkurrenz der Mächte zählt allein, was für die USA (und Trumps persönliches Umfeld) dabei als möglicher Gewinn herauspringt.

Russland gilt in dieser Weltsicht als geostrategischer Konkurrent, aber wegen seines enormen Energiereichtums auch als möglicher Geschäftspartner. Ein Potenzial, das man wegen des Krieges in der Ukraine nicht nutzen kann. Was also liegt näher, als einen Friedensschluss zu günstigen Konditionen für Russland durchzusetzen und sich so den Zugang zu milliardenschweren Deals dort zu sichern?

Europa ist in dieser Weltsicht zwar wichtiger Geschäftspartner, aber eben auch strategischer Konkurrent – und nicht bevorzugter Bündnispartner. Und für die Verteidigung der Ukraine gelten dabei zwei Prämissen. Sie ist erstens keine Frage der Werte, sondern eine der Opportunität. Was kostet sie? Und die Antwort ist einfach: für die USA zu viel. Deshalb soll zweitens die Unterstützung der Ukraine vor allem zum Problem der Europäer werden, nicht der Amerikaner.

Am Ende würde dieser Deal Europa allein die Bürde der Friedenssicherung auferlegen. Wie ist das im Spiel der Mächte? Wenn zwei Konkurrenten sich streiten, freut sich der dritte.